

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Michael Meister, Fraktion der AfD

Neuausrichtung der China-Beziehungen – Auswirkungen der chinesisch-russischen Partnerschaft auf das Land Mecklenburg-Vorpommern

und

ANTWORT

der Landesregierung

Der rechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat in der Folge die nicht unerheblichen Risiken globaler Abhängigkeitsverhältnisse deutlich gemacht. Insofern muss die Wirtschaftspolitik Deutschlands klarer ausdifferenziert werden, um aus der Abhängigkeit, insbesondere der von autokratischen Systemen, gelöst zu werden.

Laut Deutsche Welle (DW) bauen China und Russland die strategische Partnerschaft bis 2030 aus. „Unterzeichnet worden seien zwei Abkommen über die Partnerschaft und über die strategische Zusammenarbeit der Nachbarn“, sagte Putin bei einem gemeinsamen Auftritt. Xi lobte die „konstruktiven Gespräche“ mit Putin und sprach von einem Ausbau des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland.

[dw.com - Ukraine aktuell: Putin und Xi bauen strategische Partnerschaft aus](https://www.dw.com/de/ukraine-aktuell-putin-und-xi-bauen-strategische-partnerschaft-aus)

1. Wie beurteilt die Landesregierung die aktuellen Entwicklungen der China-Russland-Beziehungen sowie die damit einhergehende Neuausrichtung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen?

Die Pflege der Beziehungen zu auswärtigen Staaten ist nach Artikel 32 Absatz 1 des Grundgesetzes Sache des Bundes. In der Beantwortung der Kleinen Anfrage auf Drucksache 8/1679 hat die Landesregierung dargelegt, dass die Länder von der Bundesregierung regelmäßig über die Entwicklungen in China unterrichtet werden. Die Landesregierung verfolgt fortlaufend die politischen Entwicklungen in Asien. Die außenpolitische Bewertung jedoch erfolgt durch die Bundesregierung.

2. Inwiefern hat die Landesregierung Strategien entwickelt, um die wirtschaftliche Abhängigkeit von China und Russland zu reduzieren und alternative Handelspartner zu erschließen?

Die Landesregierung hat im Frühjahr dieses Jahres den Kooperationsrat demokratischer Ostseeraum ins Leben gerufen. Dieses Gremium hat die Aufgabe, Vorschläge für eine stärkere Einbindung des Landes in den Ostseeraum zu erarbeiten. Unter Einbeziehung dieser Empfehlungen plant die Landesregierung bis Herbst 2023 die Erarbeitung einer Ostseestrategie des Landes. Ziel ist, die politischen und wirtschaftlichen Kontakte in den demokratischen Ostseeraum zu vertiefen.

Reisen der Ministerpräsidentin im April 2023 nach Litauen und im Mai 2023 nach Finnland sind Zeichen dieser Zielrichtung. Am 28. September 2023 findet das Deutsch-Finnische Business-Forum in Rostock statt. Am 18. April 2024 ist der zweite Baltic Sea Business Day mit Unternehmen aus dem gesamten Ostseeraum (außer Russland) geplant.

Neben dem demokratischen Ostseeraum ist die Landesregierung bestrebt, die Beziehungen nach Südamerika zu intensivieren. Der Chef der Staatskanzlei reiste Anfang des Jahres mit einer Wirtschaftsdelegation in die drei südlichen Provinzen Brasiliens. Am 4. Mai 2023 findet in Rostock der Außenwirtschaftstag der Industrie- und Handelskammern Mecklenburg-Vorpommerns statt. Ein Themenforum ist den wirtschaftlichen Beziehungen zu Brasilien gewidmet.

Für Juni 2023 ist eine Wirtschaftsdelegationsreise nach Kanada zu den Themenschwerpunkten „Meeresindustrien“ und „Erneuerbare Energien“ geplant.

Die Landesregierung hat es sich zur Aufgabe gemacht, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen bei ihren Exportbemühungen zu unterstützen. Dies erfolgt in enger Kooperation mit den Industrie- und Handelskammern und den Handwerkskammern. Sämtliche außenwirtschaftliche Aktivitäten sind darüber hinaus eng mit dem Auswärtigen Amt abgestimmt.

3. Wie beurteilt die Landesregierung die wirtschaftlichen und politischen Risiken der chinesisch-russischen Partnerschaft für das Land Mecklenburg-Vorpommern und seine Bürger?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

4. Inwieweit haben sich chinesische Unternehmen in den letzten fünf Jahren an in Mecklenburg-Vorpommern ansässigen Unternehmen beteiligt beziehungsweise sind derzeit daran beteiligt?
5. Gab es bei den Beteiligungen seitens der Landesregierung Beschränkungen oder Auflagen?
6. Inwieweit hat die Landesregierung Maßnahmen ergriffen, um eine Übernahme von Schlüsselunternehmen durch chinesische Unternehmen zu verhindern?

Die Fragen 4, 5 und 6 werden zusammenhängend beantwortet.

Hinsichtlich der Beteiligungen chinesischer oder anderer ausländischer Unternehmen an Unternehmen mit Sitz in Mecklenburg-Vorpommern bestehen grundsätzlich weder seitens der Beteiligungsgeber noch seitens der Beteiligungsnehmer Genehmigungs- oder Auskunftspflichten gegenüber der Landesregierung oder ihrer nachgeordneten Dienststellen. Demzufolge liegen der Landesregierung hierzu keine empirischen Erkenntnisse vor.